

KOALITIONSVERTRAG

**ZWISCHEN DER LIBERAL-KONSERVATIVEN ALLIANZ BERLIN
UND DER KONSERVATIVEN PARTEI BERLIN
ZUR BILDUNG DES SENATS DAVIS II**



ALLGEMEINE VEREINBARUNGEN

Die beteiligten Partner dieses Koalitionsvertrages verpflichten sich hiermit in erster Linie dem Volke von Berlin zu dienen und mit allen Vertragspartnern und Koalitionsfreunden in öffentlicher Einigkeit die vereinbarten Themen zu bearbeiten.

Vertragspartner dieses Vertrages sind die Liberal-Konservative Allianz Berlin und die Konservative Partei Berlin. Dieser Vertrag ist bis zum Ende der Legislaturperiode gültig. Partner, die diesen Vertrag brechen, scheiden aus der Koalition aus.

Abweichungen vom Koalitionsvertrag und Änderungen, inklusive der Einbeziehung weiterer Koalitionäre, sowie der Beschluss zusätzlicher Initiativen bedürfen der Zustimmung aller Vertragspartner.

Beim Abstimmungsverhalten im Bundesrat wird auf einen Konsens zwischen allen Vertragspartnern hingearbeitet. Einigkeit zwischen allen Partnern ist bei Zustimmungsgesetzen herzustellen, damit ein Votum abgegeben werden kann. Herrscht keine Einigkeit innerhalb des Senats wird Berlin sich enthalten. Bei Einspruchsgesetzen ist Einigkeit zwischen allen Vertragspartnern herzustellen, damit Einspruch erhoben werden kann. Herrscht keine Einigkeit wird auf Einspruch verzichtet, da es sich bei der Erhebung des Einspruchs um eine aktive Handlung handelt. Bei allen Wahlen innerhalb des Bundesrates ist Einigkeit zwischen allen Partnern herzustellen, damit ein Votum abgegeben werden kann. Herrscht keine Einigkeit wird Berlin sich enthalten.

BILDUNG

Die Koalition setzt es sich zum Ziel, notwendige Maßnahmen einzuleiten, um die Berliner Schulen im nationalen Vergleich konkurrenzfähig machen.

- Sanierung und Renovierung maroder Schulen
- Digitales Lernens als fester Bestandteil an allen Schulen
- Evaluierung der Zuweisung von Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache an Grundschulen
- Keine Verbeamtung von Lehrern

FINANZEN + WIRTSCHAFT

Die Koalitionäre stehen für eine solide Finanzpolitik ein.

- Fortsetzung des Schuldenabbaus
- Beseitigung des Investitionsstaus
- Erhöhung der Infrastrukturausgaben
- Streichung unnötiger Ausgaben und Subventionen
- Einführung einer Moscheesteuer
- Förderung von Start-Ups und Mittelstand
- Stärkung der Share-Economy
- Initiative zur Ermöglichung eines Grunderwerbsteuerfreibetrag und dessen Einführung sowie für eine progressive Grunderwerbsteuer
- Abschaffung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes

INNERES + JUSTIZ

- Förderung von Lernkursen für Flüchtlinge
- Verbesserung der Bedingungen in Flüchtlingsheimen
- Einsatz für Kostenübernahme der Integrationspolitik durch Bund
- Verbeamtungen in Verwaltung staatlicher Stellen einschränken
- Anpassung des Wohnungsmarkts an Wachstum der Region
- Evaluierung einer Initiative zur Abschaffung der Mietpreisbremse
- Stärkung der Berliner Strafvollzugsbehörden in Kriminalitätsbekämpfung und Prävention
- Verbesserung der Ausrüstung von Polizeibeamten
- Personelle Verstärkung der Berliner Polizei
- Legalisierung des Online-Glücksspiels

VERKEHR

- Verdichtung der Taktzeiten der S- und Regionalbahnen in Zusammenarbeit mit der DB Bahn und der S-Bahn Berlin GmbH
- Einsatz zur Offenhaltung des Flughafens Berlin-Tegel
- Überprüfung des Ausbaus des Berliner Straßenbahnnetzes in Zusammenarbeit mit betroffenen Bezirken

Berlin, den 31. Januar 2019

Ryan Davis – Liberal-Konservative Allianz

Felix Figl – Konservative Partei